



Stadt Jena • Postfach 10 03 38 • 07703 Jena

Junge Gemeinde Stadtmittre

Fachdienst: Kommunale Ordnung
- Versammlungsbehörde -
Ansprechpartner: Sebastian Wick
Dienstgebäude: Am Anger 28
07743 Jena
Zimmer: 01.01_25
Telefon: 03641 49-2505
Telefax: 03641 49-2532
E-Mail: versammlungen@jena.de
Internet: www.jena.de

Ihr Schreiben / Zeichen: 22.12.2023
Unser Schreiben / Zeichen: 2/32/0-30086159-fd-ko-wi

Datum: 16.01.2024

Vollzug des Gesetzes über Versammlungen und Aufzüge (Versammlungsgesetz-VersammlG) in der derzeit gültigen Fassung

aufgrund Ihrer Anzeige über mehrere stationäre Kundgebungen vom 22.12.2023 ergeht folgender Bescheid:

Thema:

- a) „Zum Gedenken an den Anschlag in der Probsteigasse Köln – Kein Vergeben, kein Vergessen!“
- b) „Zum Gedenken an Mehmet Turgut – Kein Vergeben, kein Vergessen!“
- c) „Zum Gedenken an Mehmet Kubasik – Kein Vergeben, kein Vergessen!“
- d) „Zum Gedenken an Halit Yozgat – Kein Vergeben, kein Vergessen!“
- e) „Zum Gedenken an Michele Kiesewetter – Kein Vergeben, kein Vergessen!“
- f) „Zum Gedenken an Ismail Yasar und zur Erinnerung an den Nagelbombenanschlag in der Keupstraße – Kein Vergeben, kein Vergessen!“
- g) „Zum Gedenken an Abdurrahim Özüdogru – Kein Vergeben, kein Vergessen!“
- h) „Zum Gedenken an Theodoros Boulgarides – Kein Vergeben, kein Vergessen!“
- i) „Zur Erinnerung an den Sprengstoffanschlag in Nürnberg – Kein Vergeben, kein Vergessen!“
- j) „Zum Gedenken an Süleyman Tasköprü – Kein Vergeben, kein Vergessen!“

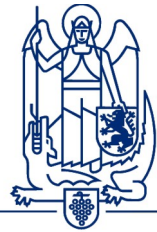
Sparkasse IBAN DE72 8305 3030 0000 0005 74
Commerzbank DE75 8204 0000 0258 9000 00
HypoVereinsbank DE10 8302 0087 0004 1491 49

BIC HELADEF1JEN
COBADEFFXXX
HYVEDEMM463

Deutsche Bank
Volksbank

IBAN DE47 8207 0000 0390 6666 00
DE30 8309 4454 0040 6176 04

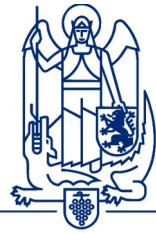
BIC DEUTDE8EXXX
GENODEF1RUJ



	k) „Zum Gedenken an Habil Kilic – Kein Vergeben, kein Vergessen!“
	l) „Zum Gedenken an Enver Simsek – Kein Vergeben, kein Vergessen!“
Datum/Uhrzeit:	a) 19.01.2024, ca. 16:00 Uhr – 17:00 Uhr
	b) 25.02.2024, ca. 16:00 Uhr – 17:00 Uhr
	c) 04.04.2024, ca. 16:00 Uhr – 17:00 Uhr
	d) 06.04.2024, ca. 16:00 Uhr – 17:00 Uhr
	e) 25.04.2024, ca. 16:00 Uhr – 17:00 Uhr
	f) 09.06.2024, ca. 16:00 Uhr – 17:00 Uhr
	g) 13.06.2024, ca. 16:00 Uhr – 17:00 Uhr
	h) 15.06.2024, ca. 16:00 Uhr – 17:00 Uhr
	i) 23.06.2024, ca. 16:00 Uhr – 17:00 Uhr
	j) 27.06.2024, ca. 16:00 Uhr – 17:00 Uhr
	k) 29.08.2024, ca. 16:00 Uhr – 17:00 Uhr
	l) 09.09.2024, ca. 16:00 Uhr – 17:00 Uhr
Kundgebungsort:	Jena, Johannisstraße 14 vor der JG Stadtmitte, siehe Abb. 1
Kundgebungsmittel:	Lautsprecheranlage, Megafone, Trommeln, Transparente, Fahnen, Plakate, Schilder, Flyer, Pfeifen, Straßenmalkreide, Buttons, Pavilions, Infostand

Anlässlich der angezeigten Kundgebungen ergehen folgende Auflagen:

1. Die Versammlungsleitung oder deren Stellvertretung hat dauerhaft anwesend zu sein, da sie nur so Ihrer Leitungsfunktion nachkommen kann.
2. Die Versammlungsleitung oder deren Stellvertretung hat allen Teilnehmenden mit Beginn der Versammlung die Auflagen zu verlesen.
3. Die Versammlungsleitung oder deren Stellvertretung hat sicherzustellen, dass keine erkennbar alkoholisierten Personen an der Versammlung teilnehmen.
4. Für die Wiedergabe von Musikbeiträgen über elektronische Verstärker (wie bspw. Musikboxen) oder Musikinstrumenten (bspw. Trommeln) ist die Einhaltung eines zulässigen Geräuschpegels von 70 dB(A) am nächstgelegenen schutzwürdigen Raum in der Nachbarschaft sicherzustellen. Die Beschallungstechnik ist so auszurichten und auszuwählen, dass die Belastung für Anrainer minimiert wird. Bei Musikdarbietungen sind dauerhafte tieffrequente Geräuschanteile (Bässe) zu



minimieren.

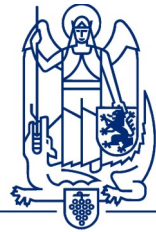
5. Die geltenden Vorschriften DIN 18920, RAS-LP 4, ZTV - Baumpflege sind einzuhalten, insbesondere ist der vorhandene Baum- und Gehölzbestand vor Beschädigungen zu schützen.
6. Die vorhandenen Bäume sowie deren Schutzvorrichtungen und das vorhandene Stadtmobiliar (z.B. Bänke, Brunnen, Denkmäler) dürfen nicht zweckentfremdet genutzt werden und sind vor Beschädigungen zu schützen.
7. Das Anbringen von Planen, Fahnen, Schildern und Transparenten jeglicher Art in und an den Bäumen ist untersagt.
8. Die Versammlung findet in der Johannisstraße vor der Jungen Gemeinde Stadtmitte statt. Auf dem Fußweg ist eine Laufachse in einer Breite von wenigstens 1,5 Metern für Passantinnen und Passanten frei zu halten (siehe Abb. 1).
9. Die Zugangsmöglichkeiten zu anliegenden gastronomischen Einrichtungen, Verkaufsstellen oder Wohnhäusern müssen frei gehalten werden. Betriebsabläufe anliegender gastronomischer Einrichtungen oder sonstiger Verkaufsstellen dürfen durch die Kundgebung nicht beeinträchtigt werden.
10. Im Bereich der Johannisstraße ist das Aufbringen leicht wasserlöslicher Straßenmalkreide gestattet. Das Aufbringen von Straßenmalkreide auf angrenzende Straßen ist nicht gestattet.
11. Anfahrtswege oder Aufstellflächen von Einsatzfahrzeugen der Feuerwehr, Rettungsdienste oder Polizei sind unverzüglich freizumachen bzw. frei zu halten.
12. Die Versammlungsleitung oder deren Stellvertretung hat den Teilnehmenden den Schluss der Versammlung bekanntzugeben.
13. Es wird die Verwendung von 1 Ordnungskraft je 50 Teilnehmende festgelegt. Die Ordnungskräfte müssen mit einer entsprechend gekennzeichneten Armbinde versehen sein. Die Verwendung einer über den Schlüssel hinausgehenden Zahl an Ordnungskräften auf freiwilliger Basis ist nach Rücksprache mit der Versammlungsbehörde oder der Polizei zulässig.

Für die vorgenannt festgelegten Auflagen wird die sofortige Vollziehung gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO angeordnet. Widerspruch und Anfechtungsklage haben somit keine aufschiebende Wirkung.

Gründe:

I.

Man zeigte im Namen der Jungen Gemeinde Stadtmitte am 22.12.2023 mehrere stationäre Kundgebungen anlässlich des Gedenkens an die Opfer und Betroffenen des NSU-Terrors im Bereich der Johannisstraße vor der JG Stadtmitte in Jena an.



II.

Die Stadtverwaltung Jena ist zum Erlass dieses Bescheides gemäß § 15 Abs. 1 VersammlG in Verbindung mit § 15 Abs. 1 Thüringer Verordnung zur Bestimmung von Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Thüringer Innenministeriums in der jeweils gültigen Fassung sachlich zuständig. Die örtliche Zuständigkeit folgt aus § 3 Abs. 1 Nr. 4 Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetz (ThürVwVfG) in der derzeit gültigen Fassung. Rechtsgrundlage für die Verfügung ist § 15 Abs. 1 VersammlG. Danach kann die zuständige Behörde die Versammlung nach § 15 Abs. 1 VersammlG verbieten oder von bestimmten Auflagen abhängig machen, wenn nach den zur Zeit des Erlasses der Verfügung erkennbaren Umständen die öffentliche Sicherheit oder Ordnung bei Durchführung der Versammlung unmittelbar gefährdet ist. Der Begriff der öffentlichen Sicherheit umfasst den Schutz zentraler Rechtsgüter wie Leib, Gesundheit, Ehre, Eigentum und Vermögen des Einzelnen sowie die Unversehrtheit der gesamten Rechtsordnung und der staatlichen Einrichtungen, wobei in der Regel eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit anzunehmen ist, wenn eine strafbare Verletzung dieser Schutzgüter droht. Unter öffentlicher Ordnung versteht das allgemeine Polizeirecht die Summe der ungeschriebenen Verhaltensregeln, deren Einhaltung nach den Vorstellungen der Menschen im jeweiligen Rechtsraum für ein geordnetes staatsbürgerliches Zusammenleben unverzichtbar ist. Der in diesem Zusammenhang zu treffenden Gefahrenprognose müssen tatsächliche Anhaltspunkte zugrunde liegen, die bei verständiger Würdigung aller Umstände eine hinreichende Wahrscheinlichkeit des Gefahreneintritts ergeben; bloße Verdachtsmomente und Vermutungen reichen für sich allein nicht aus (vgl. ThürOVG, Beschluss vom 13.02.2002 – 3 EO 123/02 –; Beschluss vom 19.04.2002 – 3 EO 273/02 –, jeweils m.w.N.).

Gemäß § 14 Abs. 1 VersammlG hat derjenige, der die Absicht hat, eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel oder einen Aufzug zu veranstalten, dies spätestens 48 Stunden vor der Bekanntgabe der zuständigen Behörde unter Angabe des Gegenstandes der Versammlung oder des Aufzuges anzumelden. Die Frist ist vorliegend eingehalten worden.

Die Auflagen unter den Ziffern 1 bis 3 sowie 12 und 13 werden auf Grundlage des § 15 Abs. 1 VersammlG in Anlehnung an die §§ 7 Abs. 1, 8, 9 Abs. 1, 10, 18 Abs. 1 und 2, 19 Abs. 1 VersammlG erlassen. Durch die Auflagen soll der vorgesehene und reibungslose Ablauf der Kundgebung sichergestellt werden. Die Auflage bezüglich alkoholisierter Personen ist notwendig, um auszuschließen, dass aufgrund der enthemmenden Wirkung des Alkohols der reibungslose Ablauf der Kundgebung gestört wird.

Die Auflage unter Ziffer 4 dieses Bescheides basiert auf § 15 Abs. 1 VersammlG in Anlehnung an die Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm vom 26.08.1998. In der Innenstadt Jenas finden regelmäßig an mehreren Tagen in der Woche Kundgebungen und andere Veranstaltungen unter Verwendung von Lautsprecheranlagen und Megaphonen statt. Vorliegend ist ebenfalls die Verwendung von Lautsprechern und Megaphonen angezeigt worden. Es ergibt sich somit unter Umständen zwangsläufig eine starke und bis zu einer bestimmten Grenze zumutbare Belästigung von Anwohnenden und Anliegenden durch Lärm, insbesondere verursacht durch laute und mitunter tieffrequente (basslastige) Musikbeiträge. Es kann niemandem zugemutet werden, (Musik-)Lärm ohne Einschränkung der Lautstärke ertragen zu müssen. Dies wäre der Erholung bzw. der individuellen (beruflichen) Leistungsfähigkeit abträglich. Dadurch können für Betroffene Gesundheitsgefährdungen und/oder mangelnde Leistungsfähigkeit für den Arbeitsalltag resultieren. Die Auflage ergeht, um die beschriebenen Belastungen für Anwohnende und Anliegende auszugleichen. Bezüglich der erlassenen



Auflagen wurden folgende Gesichtspunkte geprüft und berücksichtigt:

- die Gestaltungsfreiheit der Versammlungen hinsichtlich Dauer und Lautstärke von Musik- und Redebeiträgen sowie das Ruhebedürfnis der betroffenen Anwohnenden,
- die Häufigkeit entsprechender Kundgebungen und Veranstaltungen,
- die zu erwartenden Lärmimmissionen und die einzuhaltenden Grenzwerte,
- die Bedeutung der Versammlung für die Allgemeinheit,
- der Gebietscharakter des Veranstaltungsortes.

Die Auflagen unter den Ziffern 5 bis 7 tragen dem Umwelt- und Grünflächenschutz Rechnung. Damit soll eine nachhaltige Beeinträchtigung oder Beschädigung von Bäumen, Sträuchern, Büschen und Grünflächen vermieden werden.

Die Auflagen unter den Ziffern 8 bis 10 dieses Bescheides basieren auf § 15 Abs. 1 VersammlG. Der Auflagenbescheid entspricht insoweit der Anzeige. Die Kundgebung findet in der Johannisstraße in Jena statt. Die zur Verfügung stehende Nettofläche reicht in Anbetracht der durch die Versammlungsleitung erwarteten Teilnehmendenzahl von bis zu 50 aus und hält Reserven offen. Der Versammlungsraum befindet sich in einer Fußgängerzone. Regelmäßig fließender Verkehr ist nicht zu erwarten, lediglich Lieferverkehr in den dafür ausgewiesenen Zeiten. Die Johannisstraße ist mithin eine der zentralen Laufachsen für viele Menschen innerhalb des Stadtzentrums. Sie ist somit insbesondere am Nachmittag hoch frequentiert, da sich hier viele Geschäfte des täglichen Lebens, wie auch Freizeit- und Lifestyle-Gastronomie befinden. Der Versammlungszeitraum erstreckt sich jeweils über die Nachmittagsstunden. Mit Blick auf etwaige, derzeit noch nicht bekannte Parallelveranstaltungen kann wetterabhängig mit einem erhöhten diffusen Zuschauer- und Passantenaufkommen, bspw. in Eiscafes, Cafes, Restaurants oder sonstigen Einkaufsmöglichkeiten in der Innenstadt gerechnet werden. Die Betriebsabläufe anliegender Verkaufsstellen oder gastronomischer Einrichtungen dürfen nicht gestört oder behindert werden. Insbesondere sind Eingangsbereiche oder Außenbewirtschaftungsflächen für ihre originäre Nutzung frei zu halten. Um das Passieren für alle Menschen zu ermöglichen, sind, wie in Abb. 1 dargestellt, zu allen Seiten auf den Fußwegen Laufachsen in einer Breite von wenigstens 1,5 Metern frei zu halten. Die angrenzenden Straßen sind für den Verkehr und insbesondere für den ÖPNV frei zu halten.

Bei der Auflage unter der Ziffer 11 des Bescheides handelt es sich um ordnungs- bzw. verkehrsrechtliche Regelungen aus den §§ 35, 36 StVO.

Die Anzahl der Ordnungskräfte ist im Hinblick auf den Kundgebungsort, die Teilnehmendenzahl, das Kundgebungsthema und die Durchführungsform erforderlich und angemessen.

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung stützt sich auf § 80 Abs. 2 Nr. 4 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) in der derzeit gültigen Fassung der Bekanntmachung. Es ist zu befürchten, dass die Veranstaltung, ohne dass sie mit Auflagen bedacht wird, zur Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung wird. Die Auflagen liefen ins Leere, würden sie mit einem Widerspruch angefochten werden, welcher deren Aufschiebbarkeit zur Folge hätte. Dann würde die Veranstaltung durchgeführt werden können, ohne dass auf die Rechtsgüter der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch Erfüllung der Auflagen Rücksicht genommen werden müsste.

Rechtsbehelfsbelehrung:



Gegen diesen Bescheid kann binnen eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei der

Stadt Jena,
Am Anger 15, 07743 Jena

oder bei der

Stadt Jena,
Fachdienst Kommunale Ordnung,
Am Anger 28, 07743 Jena

einzu legen. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. In diesem Fall ist der Widerspruch durch Übermittlung eines elektronischen Dokuments mit qualifizierter elektronischer Signatur an die im Briefkopf genannte E-Mail-Adresse oder an das besondere elektronische Behördenpostfach (beBPO) der Stadt Jena zu senden.

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung bewirkt, dass ein Widerspruch keine aufschiebende Wirkung hat (§ 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung – VwGO). Dies bedeutet, dass die Auflagen auch dann befolgt werden müssen, wenn sie mit einem Widerspruch angegriffen werden. Beim Verwaltungsgericht Gera, Rudolf-Diener-Straße 1, 07545 Gera, kann die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung eines Widerspruchs beantragt werden.

A handwritten signature in blue ink, consisting of a stylized 'S' followed by a cursive 'W' and a horizontal stroke.

Sebastian Wick
Fachdienstleiter